

Ressort: Politik

Zentralrat der Juden kritisiert polnisches "Holocaust-Gesetz"

Berlin, 07.02.2018, 18:21 Uhr

GDN - Der Zentralrat der Juden in Deutschland drängt auf eine Überarbeitung des umstrittenen polnischen Holocaust-Gesetzes. In einem Brief von Zentralratspräsident Josef Schuster an den polnischen Botschafter Andrzej Przylebski, über den der "Tagesspiegel" berichtet (Donnerstagsausgabe), heißt es: "Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland betrachtet das neue Gesetz mit tiefer Sorge und hofft, dass es in dieser Form nicht in Kraft tritt."

Das Gesetz sieht eine Strafe von bis zu drei Jahren Haft für Menschen vor, die "öffentlich und wahrheitswidrig dem polnischen Volk oder Staat" eine Mitschuld an Verbrechen zuweisen, die durch das NS-Regime begangen wurden.

Bericht online:

<https://www.gemandailynews.com/bericht-101766/zentralrat-der-juden-kritisiert-polnisches-holocaust-gesetz.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com